



«Für Vekselberg ein Bombengeschäft»

«Noch weiss niemand, wie viel Vekselberg zahlt», Neue ZZ vom 22. September

Die Zuger Regierung weiss offiziell nicht, ob der russische Wirtschaftsmagnat Viktor Vekselberg im Kanton Zug pauschalbesteuert wird. Wetten, dass Vekselberg es genau hat abklären lassen, bevor er bekannt gab, im Herbst nach Oberwil zu zügeln? Er hat ja selbst eingeräumt, dass die Steuern ein Grund für seinen Umzug sind. Schliesslich würde Vekselberg in Zürich vom Fiskus nach den selben Massstäben wie Schweizer Werkstätige eingeschätzt. Dort wurde die Pauschalbesteuerung in einer Volksabstimmung abgeschafft. Im Kanton Zug aber müssen vermögende Ausländer nach wie vor nur versteuern, was sie zum Leben so brauchen. Für einen Multi-Milliardär wie Vekselberg ist das natürlich ein Bombengeschäft.

Voraussetzung für die Pauschalbesteuerung ist, das jemand sein Geld ausserhalb der Schweiz verdient. Vekselberg hat indes sein Büro in Zürich. Er ist an den Schweizer Traditionsunternehmen Oerlikon und Sulzer beteiligt. Doch für ihn scheint die genannte Regel nicht zu gelten. Das verstehe, wer kann.

Am besten stoppt man diesen Unfug, indem man die Pauschalbesteuerung auch im Kanton Zug abschafft. Unterschriften für eine Volksabstimmung werden derzeit gesammelt.

Es ist wichtig, dass Steuer-Gerechtigkeit hergestellt wird. Denn wie soll man einem Gewerbler verübeln, falls er einen Auftrag zu versteuern «vergisst», oder einem Angestellten, dass er einen Nebenjob nicht deklariert, wenn gleichzeitig eine kleine Gruppe von Pauschalbesteuerten vom Staat offen bevorteilt wird und im Verhältnis viel weniger bezahlt als alle andern ehrlichen Steuerzahler?

Übrigens wächst die Zahl der Pauschalbesteuerten sprunghaft - im Kanton Zug im letzten Jahrzehnt um 250 Prozent, in der ganzen Schweiz jährlich um über 10 Prozent. Warum? Früher wurde nur Menschen im letzten Lebensdrittel eine Pauschalbesteuerung zugestanden, da in der Regel nur ältere Nichterwerbstätige eine Aufenthaltsbewilligung bekamen. Seit der Personenfreizügigkeit mit der EU können sich gemäss Zuger Regierung «auch jüngere EU-Staatsangehörige praktisch ohne Einschränkungen in der Schweiz niederlassen» und einen Anspruch auf Pauschalbesteuerung erheben. Klar, dass sich dies in allen Ecken Europas herumspricht und Vermögende ein Domizil in der Schweiz suchen. Mit den Verträgen wurde eine Ungerechtigkeit in die Welt gesetzt, die sich nun im Ausland selbst vermarktet. Nach den Problemen mit Steuerhinterziehern aus Deutschland und kriminellen UBS-Bankern in den USA entstehen uns so über kurz oder lang neue Schwierigkeiten. Korrigieren wir den Fehler also rechtzeitig.

Markus Mathis, Gemeinderatskandidat SP, Zug